



Rund 150 Warburgerinnen und Warburger nahmen an der zweiten Demokratie-Konferenz teil. Bundespräsident a.D. Christian Wulff war in der Stadthalle zu Gast. Fotos: Stadt Warburg

Wulff im Einsatz für Demokratie

Toleranz, Respekt, Solidarität: Wie ein ehemaliger Bundespräsident, eine Bildungsexpertin, eine Journalistin und ein Soziologe die Demokratie retten wollen.

Dieter Scholz

Warburg. Der ehemalige Bundespräsident sorgt sich um die Demokratie. „Unerschütterlich“ sei sie nicht, sagt Christian Wulff und sagt auch, wo er die größten Probleme sieht. Auch auf der jüngsten Demokratie-Konferenz in Warburg. Gut eineinhalb Stunden nahm sich der ehemalige Bundespräsident als Gast in der Stadthalle Zeit, stand zum Thema Rede und Antwort.

Eine Talkrunde vor Bürgerinnen und Bürgern, vor jungen Warburgerinnen und Warburgern, vor Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitikern. „Eine Vielfalt an Menschen, an Meinungen, Parteien und ehrenamtlich Engagierten“, hatte Bürgermeister Tobias Scherf zu Beginn aufgezählt. Die Stadt, „eine aktive Bürgergemeinschaft“. Das interessierte Publikum in der Halle am frühen Mittwochabend, „rund 150“, schätzte Wulff später großzügig.

Die Demokratie ist unter Druck geraten. Eine oft bemühte Wendung, wenn es um die Bewertung aktueller Ereignisse in Politik und Gesellschaft geht. Die Zukunft möchte sich Wulff (65) aber keineswegs vermiesen lassen. Nicht von einer „pessimistischen Grundstimmung im Land“, die er vor allem infolge der Wirtschaftslage und der Migrationsfrage sieht.

Auf dem Podium bemängelte Wulff in seinem Eingangsstatement ein zu gering ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass man sich engagieren müsse, um die Demokratie zu erhalten.

Die sozialen Medien böten allzu oft nur einfache Antworten. Und das einstige Monopol der Qualitätsmedien schwinde mehr und mehr. Ein Fakt, den Populisten ausnutzen, Fake-News produzieren und im Internet verbreiten. „Radikale Parteien lösen keine komplexen Probleme“, betonte Wulff und schob auch den Journalisten eine Verantwortung zu. Anti-Fake-News: Stefan Wiegand informierte in diesem Zusammenhang über eine Linksammlung auf der Webseite des Warburger Vereins „Zweite Heimat“, die seit einigen Monaten Infos zu Gruppen gebe, die populistische Äußerungen aufdeckten.



„Demokratie leben“-Koordinator Thomas Rebenstock im Gespräch mit Bildungsexpertin Ann-Kathrin Nüsse.

Den Verlust von Tageszeitungen werde die Gesellschaft nur schwer verkraften. „Lest in der Zeitung!“, forderte Wulff vor allem die Jugendlichen in den Stuhlreihen auf. Man erfahre eine Menge über die Welt, über sich und seine Interessen, warb er für das digitale Abo.

Die Migration ist nicht die „Mutter aller Probleme“

Nach dem Zweiten Weltkrieg habe sich Deutschland zur drittstärksten Wirtschaftsmacht der Welt aufgeschwungen und sei es immer noch. „Wir sind nichts so schlecht, wie oftmals dargestellt“, wiederholte Wulff einen Gedanken, den er bereits am Nachmittag beim Religionsgespräch in der syrisch-orthodoxen Klosterkirche genannt hatte. Wulff bemängelte Fehler der Politik in den Corona-Jahren, eine sich aufplusternde Bürokratie, und den wieder aufkeimenden Wilden, Konflikte mit Waffen aus-

zutragen. Die Migration sei nicht die „Mutter aller Probleme“. Ein Kommentar, der ihm ganz und gar nicht gefalle. „Wir brauchen Zuwanderung, sonst gehen bei uns die Lichter aus.“ Doch müssten Regeln aufgestellt und beachtet werden, blickte Wulff auf die Verfassung. Es brauche die Vielfalt, um nicht einfältig durch die Welt gehen zu müssen, hatte es der Christdemokrat am Nachmittag auf eine griffige Formel gebracht.

Wulff war im Juni 2010 in Berlin zum Bundespräsidenten gewählt worden und nach heftigen Vorwürfen um Vorteilnahmen im Amt im Februar 2012 wieder zurückgetreten. 2014 wurde er gerichtlich freigesprochen. Als Bundespräsident a.D. nimmt er für die Bundesregierung im In- und Ausland repräsentative Aufgaben wahr.

In der Diskussion appellierte Bildungswissenschaftlerin Ann-Kathrin Nüsse an Eltern, Erzieher und Lehrer, den Umgang mit Sozialen Medien, mit Meta, Whatsapp, Tik-

tok, Instagram und Co. in den weltweiten Datennetzen nicht zu verbieten, sondern Kinder und Jugendliche zu begleiten. Zu zeigen, wie sie damit umgehen sollten. Die Wissenschaftlerin riet, mehr und tiefer in die Kommunikation mit den Heranwachsenden einzusteigen. „Sie wollen und müssen gefragt werden“. Ihre reale Lebenswelt finde eben auch im Internet statt.

Auch Elisabeth Niejahr, Geschäftsführerin des Bereichs „Demokratie stärken“ der Hertie-Stiftung, sah die Schulen in besonderer Verantwortung. Sie setzt auf eine gute Streitkultur. Der Soziologe und Autor Rainald Manthe plädierte, „Politik an Alltagsorten zu schaffen“. Hinweise zu politischen Themen im Supermarkt oder an der Tankstelle, nannte der Beispieler. „Früher gab es die Kneipe, den Stammtisch im Dorf.“ Alltagsräume, dort wo Menschen zusammenkommen und sich aufhalten, sollten wieder politisch bespielt werden.

Zwei sehr gut besuchte Veranstaltungen, gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familien, Frauen und Jugend, sagt Koordinator Thomas Rebenstock. Die Runde der Religionsvertreter habe sich auf weitere Treffen bei Kaffee und Kuchen verständigt. Rebenstock freut sich, für eine Fortsetzung des Gesprächs den Anstoß gegeben zu haben, und dankt der syrisch-orthodoxen Kirche für die Gastfreundschaft.

Medienkompetenzen stärken: „Wir werden Eltern und Lehren entsprechende Angebote machen“, verspricht Rebenstock. Kein schlichtes Verbot, sondern die Schulung aller Beteiligten. Alters- und rollengerecht.

Hassreden sollten Argumente entgegengesetzt werden, meint Thomas Rebenstock. Mit dem Angebot einer Ausbildung möchte er Trainer in Sportvereinen, Ausbilder in Musikvereinen zu Demokratietrainern machen. „Wir hoffen damit, in den Kabinen eine Zielgruppe zu erreichen, die wir oft nicht erreichen.“ Junge Männer seien seltener Demokratiethemataffin. „Die Menschen wollen von der Politik gefragt werden, was braucht ihr?“, sagt Rebenstock.



Die Teilnehmer auf dem Podium: Bürgermeister Tobias Scherf (v. l.), Elisabeth Niejahr von der Hertie-Stiftung, Moderatorin Tahireh Audrey Panahi, Bundespräsident a.D. Christian Wulff, Autor Rainald Manthe und Bildungsexpertin Ann-Kathrin Nüsse.